

neue Erkenntnisse wird diese Kommission kaum bringen. Vielleicht wird sie aber der SPD – oder zumindest ihrer Bundestagsfraktion – zur Einsicht verhelfen können, daß Grabenkämpfe um das – im übrigen längst kommer-

zialisierte (das ZDF lebt bekanntlich zu rund 40% von Werbung) – öffentlich-rechtliche Rundfunksystem als Reaktion auf eine gesellschaftspolitische Herausforderung allererster Ordnung nicht ausreichen. J. B.

duld sind von seiten der in sozialen Gruppen organisierten Gesellschaft wie von seiten der Regierung notwendig.“ Polen dürfe weder ein Land der Unordnung noch ein Land politischer Gefangener werden.

Einen eigenen Passus widmete das Kommuniqué den Anliegen der *Bauern*. Die Bischöfe bekräftigten das Recht der Bauern, sich in Gewerkschaften zusammenzuschließen. Autonome Gewerkschaften der eigenständigen Bauern würden die gegenwärtigen Spannungen entschärfen, das Vertrauen in die Behörden stärken und zur landwirtschaftlichen Entwicklung beitragen. Kardinal *Wyszynski* hatte schon bei einer Audienz für die Leiter der inzwischen offiziell zugelassenen Bauerngewerkschaft am 5. Februar das Recht der Bauern auf einen eigenen gewerkschaftlichen Zusammenschluß bekräftigt. Ähnlich äußerte sich der polnische Primas nochmals in einer Ansprache an den Vorstand des Gründungskomitees der unabhängigen Gewerkschaft der individuellen Landwirte am 2. April: Wenn der Staat den Arbeitern das Recht auf Gründung unabhängiger Gewerkschaften zugestehe, sei es nur eine logische Folgerung, daß er es auch den individuellen Landwirten einräume.

Die im Kommuniqué der Vollversammlung dargelegte Position bestimmte auch die *kirchlichen Vermittlungsbemühungen* während der kritischen Tage nach dem Polizeieinsatz in Bromberg. Am 22. März verlas Kardinal *Wyszynski* während eines vom Rundfunk ausgestrahlten Gottesdienstes eine Erklärung, in der er die Staatsführung ermahnte, sie solle sich immer bewußt sein, daß sie im Dienst der Gesellschaft stehe und die Rechte der Gesellschaft auf soziale Freiheit achten müsse. „Die Staatsführung“, so die unmißverständliche Formulierung des Kardinals, „muß sich die Folgen jeden unklugen Schritts der Hüter der öffentlichen Ordnung gegenwärtig halten“. Die Erklärung enthielt allerdings auch die Mahnung an die Bürger, sie müßten einsehen, daß zur Erreichung ihrer Ziele viel Zeit und Geduld notwendig seien. Staatsführung wie „gesellschaftliche Initiativen“ wies *Wyszyn-*

Kirche in Polen: vorsichtige Vermittlung

Sowohl die Absage des Generalstreiks als Folge des zwischen Regierung und unabhängiger Gewerkschaft „Solidarität“ am 30. März vereinbarten Abkommens wie auch das Ende der Manöver von Truppen des Warschauer Pakts und einige Äußerungen auf den Parteitag der letzten Wochen haben dazu beigetragen, die Lage in und um Polen wieder etwas zu entspannen.

Drei Hauptprobleme bleiben auf der Tagesordnung: Einmal muß ein Ausweg aus der wirtschaftlichen Misere gefunden werden. Zum zweiten bleibt nach wie vor fraglich, ob ein *Modus vivendi* zwischen der Partei und der unabhängigen Gewerkschaft hergestellt werden kann, der für beide Seiten annehmbar ist. Das hängt wiederum von der weiteren Entwicklung sowohl innerhalb der PVAP wie innerhalb der „Solidarität“ ab: Weder die Auseinandersetzungen in der Parteispitze über den zukünftigen Kurs angesichts der seit dem letzten August eingetretenen Veränderungen sind ausgestanden, noch hat die Partei die Probleme verdaut, die sich einerseits aus den Demokratisierungsforderungen ihrer Basis und andererseits aus der Unbeweglichkeit im Funktionärskader vor allem auf lokaler und regionaler Ebene ergeben. Auch in der „Solidarität“ gibt es Richtungskämpfe, die vor allem in den Auseinandersetzungen über den mit der Regierung ausgehandelten Kompromiß nach dem Bromberger Zwischenfall sichtbar wurden. Schließlich stellt sich als drittes Grundproblem weiterhin die Frage, welchen Spielraum die Sowjetunion und ihre Verbündeten Polen in den nächsten Monaten einräumen werden, nachdem die Äußerungen über die Gefahren der polnischen Entwicklung und den in ihren Augen

notwendigen Gang der Ereignisse an Deutlichkeit nichts zu wünschen übriglassen.

Seit den Streiks im letzten August und den damit angestoßenen politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen gilt das besondere Augenmerk der *Rolle der polnischen Kirche* und ihres Episkopats im risiko- und spannungsreichen Erneuerungsprozeß. Von Anfang an ließen die offiziellen kirchlichen Äußerungen *zweierlei* erkennen: Anerkennung und Sympathie für die neue Gewerkschaftsbewegung einerseits, Eintreten für Mäßigung, nationales Verantwortungsbewußtsein und behutsamen Dialog zwischen Gewerkschaft, Staat und Partei andererseits (Vgl. HK, Januar 1981, 13 f.).

Daran hat sich auch in den vergangenen Wochen nichts geändert. Noch vor der plötzlichen Zuspitzung der Lage durch den Zwischenfall von Bromberg fand am 11. und 12. März eine Vollversammlung des polnischen Episkopats statt, deren Abschlußkommuniqué (Vgl. HK, April 1981, S. 213) die offizielle kirchliche Position ausführlich darlegte: Die Bischöfe appellierten an „alle unsere Landsleute, ohne Rücksicht auf ihre religiösen, ideologischen und politischen Überzeugungen im Hinblick auf den Frieden“ klug zu handeln und das „höchste Wohl des Vaterlandes, das die Freiheit und die Souveränität ist“, zu berücksichtigen. Die *Gewerkschaften*, deren Aufgabe es sei, „die Rechte der Arbeiter zu verteidigen und ihnen die angemessenen Arbeitsbedingungen, die Existenz und den gebührenden Anteil am kulturellen Leben sicherzustellen“, wurden aufgefordert, sich auf diese Aktivität zu konzentrieren. An die Adresse beider Konfliktparteien richtete sich die Mahnung: „Ordnung, Zucht und Ge-

ski darauf hin, daß ein großes Maß an Verantwortung herrschen müsse.

In der darauffolgenden Woche traf der Primas mit beiden Konfliktparteien zusammen. Am 26. März fand vormittags ein Gespräch mit Parteichef *Kania* und nachmittags eine Unterredung mit Ministerpräsident *Jaruzelski* statt. Nach einer Mitteilung des Sekretariats der Polnischen Bischofskonferenz seien Kardinal und Ministerpräsident übereingekommen, „mit aller Kraft eine interne Lösung der internen Probleme Polens anzustreben“. Am 28. März traf sich Kardinal *Wyszynski* dann mit Gewerkschaftsführer *Lech Walesa*, zwei Tage vor den entscheidenden Gesprächen zwischen Regierung und „Solidarität“.

Auf ungewöhnlich deutliche Art wurden die Bemühungen des polnischen Primas von Johannes Paul II. sekundiert. Der Papst richtete am 28. März eine *Botschaft an Kardinal Wyszynski*, in der er seine „tiefe Sorge“ über die Ereignisse in seinem Heimatland zum Ausdruck brachte. Er bete mit der ganzen Kirche Polens darum, „daß man zwischen den staatlichen Autoritäten und den Vertretern aus dem Bereich der Arbeit (den unabhängigen und selbstverwalteten Gewerkschaften) zu einer Übereinstimmung gelangen werde, um den inneren Frieden im Geist der Erneuerung nach den Prinzipien zu stärken, wie sie im vergangenen Herbst in gemeinsamen Abmachungen festgesetzt wurden.“ Die Verwirklichung dieser Prinzipien er-

fordere gegenseitiges Einvernehmen, Dialog, Geduld und Ausdauer.

Johannes Paul II. führte weiter aus, die allgemeine Ansicht der Nationen, die den Frieden liebten, drücke sich in der Überzeugung aus, daß die Polen das unleugbare Recht hätten, ihre Probleme allein zu lösen. In seiner Ansprache zum Angelus am 29. März erinnerte der Papst im Zusammenhang mit der kritischen Lage in Polen unmißverständlich an die Schlußakte von Helsinki und das dort festgehaltene Prinzip der Nichteinmischung. Eine Woche später wurden diese Aussagen von Johannes Paul II. nochmals bekräftigt.

Einem Kommuniqué über das Treffen der gemischten Staat-Kirche-Kommission zufolge, das am 1. April stattfand, hat die polnische Regierung sowohl Johannes Paul II. wie auch Kardinal *Wyszynski* und dem Episkopat für ihre Bemühungen um eine friedliche Lösung der Konflikte im Land gedankt. Alle Polen, so das Kommuniqué, müßten sich bewußt sein, daß die Verantwortung für das Vaterland ebenso bei der politischen Macht wie bei jedem einzelnen Staatsbürger liege.

Der Blick auf die sonstigen Tagesordnungspunkte des Treffens macht deutlich, daß sich die polnische Kirche unter den veränderten politisch-gesellschaftlichen Bedingungen neben dem Hauptanliegen der Verständigung und der Vermittlung auch um

konkrete Verbesserungen für ihre Arbeit bemüht: Es ging u. a. um Modalitäten für die Zuteilung von Baumaterial und Fragen, die das ungehinderte Wirken der Ordensleute betreffen. Auch das oben erwähnte Kommuniqué der Vollversammlung hatte festgestellt, daß man im Hinblick auf die „Regulierung einiger bedauerlicher Dinge, ... die die Rechte der Gläubigen einschränken“, in den Verhandlungen zwischen Staat und Kirche Fortschritte gemacht habe. Genannt wurde z. B. die Freiheit der Religionsausübung bei Kindern und Jugendlichen in Ferienkolonien oder die Seelsorge in Krankenhäusern und Sanatorien. Die staatlichen Behörden würden auch die Erlaubnis zum Bau von katechetischen Zentren geben.

Es ist seit Beginn der polnischen Krise öfters darüber nachgedacht worden, wie die Rolle der Kirche aussehen könnte, müßte sie sich auf die Dauer ihre bisher einzigartige Stellung als staats- und parteiunabhängige Größe mit mächtigen freien Gewerkschaften teilen. Wichtiger als solche Fragen ist gegenwärtig allerdings, ob das polnische Experiment überhaupt im positiven Sinn stabilisiert und in Richtung einer wirklichen Erneuerung weitergeführt werden kann. Gerade ihre intensiven Vermittlungsbemühungen der vergangenen Wochen haben gezeigt, daß die Kirche nach wie vor eine Kraft ist, mit der alle anderen tragenden Kräfte im Land rechnen müssen.

U. R.

Entwicklungen

Religion als Fernsehshow

„Electronic Church“ in den USA

Seit einigen Jahren macht die amerikanische Fernsehkirche von sich reden. Die „Electronic Church“, wie sie genannt wird, zählt ihre Gemeinde nach Millionen. Über den Bildschirm oder den Hörfunk wird „Religion“ täglich frei Haus geliefert. Es sind vor allem evangelistisch

orientierte Gruppen, die ihre eigenen Rundfunkkonzerte gegründet haben, deren Umsatz bei jährlich einer Milliarde Dollar liegt.

Nach *Ben Armstrong*, dem Direktor einer 800 Mitglieder umfassenden Vereinigung des religiösen Rundfunks, sit-